Posener Zeitung.

№ 180. Sonnabend den 5. August. 1848.

Inland.

Berlin, den 2. August. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Domdechanten des Metropolitan-Kapitels in Köln, Dr. Iven, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; dem Pfarrer Reckers zu Vörden, Kreis Hörter, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem emeritirten Schullehrer Pillath zu Ringfen, Reg.-Bezirk Königsberg, das Allgemeine Ehrenzeichen und dem Gensdarmen Matthes zu Sensburg die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; so wie den bisherigen Geheimen Referendar beim Staatsrath, Geheimen Justiz-Rath Bischoff, zum vertragenden Rath im Justiz-Ministerium zu ernennen.

Ihre Königl. Hoheit die Prinzessin Karl ist nach Weimar abgereist.

Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath, außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am Königlich Großbritanischen Hofe, Dr. Bunsen, ist von London hier angekommen. — Der Staats-Minister Camphausen, ist nach Köln abgereist.

* Posen, den 4. August.

Für Völker, die in ihrem geschichtlichen Leben unter indolenter Nichtbeachtung natürlichen Daseins ihrer Bedingungen streckenweit einen verkehrten Entwickelungsgang eingeschlagen haben, ergeben sich im Moment des Erwachens, wenn der Blick wieder auf die dem Volksgeiste angemessenen Bildungs- und Fortschrittswege zurückgeführt wird, Probleme der schwierigsten Art, Fragen, welche den ganzen organisatorischen Verstand in Anspruch nehmen und auf die Probe setzen. Auch Deutschland sieht jetzt nach 200jährigem Schlafe den Morgen einer neuen Zukunft anbrechen; aber die in der Traumzeit zu Stande gekommenen Bildungen treten einer vollen Hingebung an die Idee, welche sonnenhaft den jungen Tag bestrahlt, mit starkem Widerspruch entgegen. Deutschlands Einheit, sichtbar dargestellt durch die Einsetzung einer kräftigen Centralgewalt, diese Lösung unseres zu großartigem Denken und Handeln angeregten Geschlechts, begrüßen wir mit nicht minderer Innigkeit als irgend ein Sohn des gemeinsamen Vaterlandes; aber indem wir nicht in blinder Hast dem Ziel entgegen rennen und mit vergleichender Umschau, mit prüfendem Rückblick Vergangenheit und Gegenwart ins Auge fassen, werden wir an Pflichten erinnert, deren Erfüllung durch den Eintritt in die noch unerschaffenen und erst zu begründenden Verhältnisse nicht beeinträchtigt werden darf.

Es haben sich im Laufe dieser Zeit mächtige Sonderinteressen in Deutschland gebildet, die aus der Kraft sich zu behaupten ein Recht auf weitere Fortdauer und fernere Beachtung herleiten dürfen. Staaten wie Lichtenstein, Waldeck, Anhalt rc., die ihr ganzes Dasein und ihre bisherige Erhaltung einem ironischen Schicksalswurf verdanken, haben freilich im Bewußtsein ihrer Bedeutungslosigkeit Nichts Eiligeres zu thun, als die particuläre Stellung von sich zu werfen, um mit dem mächtigern, benachbarten Bruder gemeinsam zu Tische zu gehen. Für sich allein ohne materielle und geistige Bedeutung können sie bei dem communistischen Zusammenschmelzen aller einzelstaatlichen Gebilde ohne Mühe plötzlich zu einer gehobeneren Existenz gelangen; ihnen muß alles daran liegen die eigene Vergangenheit zu vergessen, im Kraftgefühl einer wiedergewonnenen Verjüngung die Gedanken der frühern Nullität zurückzudrängen. Nicht so die größeren Staaten, deren Energie, Regsamkeit und kluge Kraftverwendung im Laufe von Jahrhunderten den deutschen Namen erst zu der Ehre gebracht haben, daß die Kleinstaatler mit ihrem blöden Gesicht sich angelockt fühlen konnten, unter dem glänzenden Banner dieses Namens zu einer Einigen Nation zusammentreten. Jene werden es ihren kärglicher ausgestatteten Brüdern gerne vergönnen, an der geistigen und materiellen Entwickelung, an dem geschichtlichen Ruhm, den sie als die Vordersten für ganz Deutschland erworben haben, sich anlehnend mit zu betheiligen. Denn auch sie wünschen und verlangen ein einiges Deutschland, das alle seine versprengten Glieder fest anziehe und zusammenhalte; aber sie können ohne einen freventlichen Selbstmord zu begehen nicht von der Forderung lassen, daß stets im Gedächtniß verbleibe, welchen Stämmen man es verdanke sich unter den deutschen Namen als eine Ehrendecke stellen zu können. Deutschlands Einheit ist für die größeren Staaten, die an sich selbst schon Etwas werth sind, und das Gefühl dieser Würde in sich tragen, ein aus brüderlicher Sympathie entquillender Wunsch, doch nicht in dem Maße, wie für die kleinern, an sich bedeutungslosen ein dringendes Bedürfniß, um sie durch die gänzliche Aufopferung der glorreichen Existenz zu erkaufen. Die scharfkantig gesonderte Selbstständigkeit für die Idee deutscher Einheit als Opfer einzusetzen sind daher auch jene gern bereit; allein ihr Fortbestand darf dabei nicht in Frage gestellt und das Gepräge dieses particulären Fortbestandes nicht bis zur Unkenntlichkeit verwischt werden.

An alle particulären Staaten Deutschlands ergeht die von den Zeitverhältnissen gebotene Forderung, ihre bisher unbegränzte Souveränetät zu beschränken, um so zu sagen mit der von ihnen abgetretenen Souveränetätsparzelle die zu begründende Centralgewalt auszustatten. Indem nun bei dieser Repartition gleiches Maaß und gleiches Gewicht für alle Einzelstaaten zur Anwendung gebracht werden soll, müssen sich aus dem quantitativen Mißverhältniß, das zwischen den Diminutivstaaten und den Großstaaten Deutschlands obwaltet, Resultate von wesentlich qualitativer Verschiedenheit ergeben. Wenn z. B. Preußen und Oesterreich zu Gunsten der Centralgewalt auf das Gesandtschaftsrecht, auf die militärische Selbstständigkeit, auf die freie Verfügung über das Universitätswesen u. s. w. verzichten soll, so sind Waldeck, Lippe, Anhalt u. s. w. außer Stande ein ähnliches Aequivalent aufzubringen; sie hätten bei einer solchen nominellen Gleichheit der an die Einzelstaaten zu stellenden Ansprüche das ruhige, seelenvergnügte Zusehen, während jenen nach einander die Stützen ihres kräftig gefügten Baues entzogen würden. Eine reelle Gleichheit des Opfers könnte nur auf die Weise erwirkt werden, daß durch gänzliche Auflösung der Kleinstaaten die partielle Schwächung der Großstaaten equilibrirt würde. Sollen Oesterreich, Preußen, Baiern, Würtemberg, Sachsen sich in deutsche Provinzen verwandeln, so müssen die kleinen Splitterstämme sich es gefallen lassen als bloße Distrikte mit andern ihres Gleichen zu einer neuen größern Provinz zu verschmelzen, oder einem der bereits bestehenden größern Staaten einverleibt zu werden.

Eine Mediatisirung der kleineren Souveränitäten ist unbedingt nothwendig, wenn man es mit der festen Constituirung eines einigen Deutschlands ernst meint. Ein Reichskörper, der auf 34 selbstständigen, ungleichförmigen Gliedern sich stützte, würde nur schwerfällig einherhinken und nie zu einer raschen Beweglichkeit gelangen können. Zwischen den tragenden Gliedern muß ein gewisses Ebenmaß herrschen, ein Ebenmaß der materiellen Größe, durch das von selbst auch eine Harmonie in der geistigen Auffassung der Lebensverhältnisse sich anbahnt. Oder glaubt man etwa, daß der politische Standpunkt, den ein Bürger des souverainen Staates Schwarzburg-Sondershausen einnimmt, dieselbe Ausweitung des Gesichtskreises verstattet, wie er vor dem Blicke eines Oesterreichers oder Preußen sich aufthut, auch wenn er nur bei den Interessen seines engern Heimathlandes verweilt? Ist es schon aus Rücksicht auf die Kräftigung der Centralgewalt ein nothwendiges Erforderniß, daß der Mechanismus des Geschäftsganges vereinfacht und statt der vielen kleinen Hebel, die sie in Bewegung setzen müßte, eine kleinere Anzahl größerer Organe hergestellt werde, die unter sich gleichmäßiger geartet, ihr in übereinstimmendem Sinne in die Hände arbeiten, so erweist sich die Nothwendigkeit dieses Aushilfmittels auch aus dem entgegengesetzten Gesichtspunkte, wenn wir den Partikularismus der Staaten ins Auge fassen, die allenfalls im Stande wären sich auf eigene Hand zu erhalten und der Verschmelzung zu einem ihre Selbstständigkeit beeinträchtigenden größern Ganzen mit Erfolg zu entziehen.

Dies gilt vorzugsweise von den Großstaaten Oesterreich, Preußen, Baiern, die bisher schon unter den Mächten Europa's einen ansehnlichen, ehrenvollen Rang behaupteten, und durch zu starke Ansprüche an ihre Aufopferungslust in die Enge getrieben, wohl auf den Gedanken kommen könnten noch ferner in ihrer zeitherigen, gesonderten Volksthümlichkeit zu verharren. Sollen nun diese Grundglieder des deutschen Reichs mit den andern minder bedeutsamen zu einem innig geschlossenen, alle gemeinsamen Bezüge umfassenden Staatenbunde, oder was unter dieser Voraussetzung identisch ist, zu einem Bundesstaate zusammentreten, so wird das in den Namen des Gesammtkörpers jedenfalls miteingehende Prädikat des Bundes nicht verläugnet werden dürfen. Ein dauernder Bund auf haltbarer Grundlage kann aber nur zwischen Gliedern von gleicher Tragkraft zu Stande kommen; fehlt diese natürliche Ebenbürtigkeit, so wird das in bester Meinung geknüpfte Band bald wieder auseinandergehen, oder in dem überwiegend kräftigern Bestandtheil ein hegemonisches Gelüste rege werden, das, weil dem Wortlaute des Vertrages widersprechend, Reibungen, Zwistigkeiten und schließlich eine allgemeine Schwächung zur Folge haben muß. Ung selbst wenn die Großstaaten einer Geltendmachung ihres Vorranges sich enthalten wollten, man würde es auf Seiten der Kleinstaaten nicht glauben und jeden ihrer Schritte lauernd verdächtigen. Als Louis Philipp in der ersten Zeit nach seiner Thronbesteigung mit dem Regenschirm unter dem Arm in schlichter Bürgerkleidung zu Fuß durch die Straßen von Paris ging und den ihm Begegnenden die Hand zum Gruße bot, da konnte diese Herablassung für Ernst genommen und durch sie das Herz der Bourgeoisie gewonnen werden. Man traute es dem Mächtigen zu, daß er sich noch seines Ursprungs zu erinnern wisse und ein Gedächtniß bewahre für die, auf deren Schultern er emporgekommen. Wenn aber Oesterreich, Preußen in aufopfernder Hingebung an die Idee Deutscher Einheit sich dazu bequemen sollte in allen seinen Souverainetätsrechten mit dem Volke von Reuß-Schleiz auf gleiche Linie gestellt zu werden, so hätten sie bei ihrer Herablassung doch immer von den Kleinen den beleidigenden Verdacht der Reaktion zu ertragen. Diese wären, weil sie selbst kein Opfer gebracht, unfähig die von jenen bewiesene Kraft der Entsagung zu würdigen. Um ihnen den Glauben an die edelmüthige Resignation der starkorganisirten Volksstämme beizubringen, sporne man ihre eigene Aufopferungslust, verlange von ihnen durch Dekret der Nationalversammlung ein entsprechendes Gegenopfer, das hier, wie früher erörtert, nur auf eine gänzliche Aufhebung ihrer Souverainetät hinauslaufen kann. —

☽ Posen, den 4. August. So eben kommt uns ein „Sendschreiben der Römisch-Katholischen Geistlichkeit des Großherzogthums an unsere katholischen Gemeinden des Großherzogthums Posen“ zu Gesicht. Wir haben nichts Eiligeres zu thun, als unsern Lesern von diesem Schriftstück Nachricht zu geben, obwohl der Inhalt desselben durch die ihn beseelende im höchsten Grade der Verfasser unwürdige Gesinnung gegen seine Echtheit Zweifel erregt. Indessen kann in diesem Falle die Erklärung der Geistlichkeit, das Sendschreiben sei nicht von ihr ausgegangen, unmöglich lange auf sich warten lassen, da ihre Ehre, ihre Achtung bei jedem vernünftigen nnd religiösen Menschen sonst die allergröste Gefahr laufen könnte. Denn wir müssen gestehen, die ungeschminkte Darlegung solcher Gesinnungen, wie sie dieses Schriftstück enthält, welche in ihrer ganzen Verwerflichkeit zu bezeichnen uns der Ausdruck fehlt, hätten wir am allerwenigsten jetzt noch für möglich gehalten.

Das Sendschreiben beginnt nach einer kurzen Einleitung mit den Worten: „Schon lange leiden wir allenthalben Trübsal, werden gelästert und verfolgt, und es geht uns um kein Haar besser, als den ersten Christen mit ihren Priestern unter den heidnischen Kaisern ergangen ist. Wie aber jene Priester ihre leidenden Brüder und Schwestern nicht anders zu trösten vermochten, als mit den Worten des großen Weltapostels Paulus: „Wir leiden Trübsal, aber wir werden nicht beängstigt, wir gerathen in Noth, aber wir kommen nicht um. Wir leiden Verfolgung, sind aber nicht verlassen, wir werden niedergeworfen, gehen aber nicht zu Grunde;“ so haben auch wir bis auf diese Stunde von unseren Kanzeln herab vor Euch keine andere Sprache geführt, als jene des großen Weltapostels, haben Euch vorzüglich in dieser Prüfungszeit ununterbrochen auf das himmlische Gebot der Feindesliebe hingewiesen, und um Euren Muth

zu thatkräftiger Erfüllung dieses so schönen aber auch schweren Gebotes zu stärken, Euch immer in die Seele gerufen: Harret aus in Geduld im Hinblick auf die über uns Allen waltende Gerechtigkeit Gottes. Wir haben die über das Oberhaupt unserer heiligen Kirche, über unsere Bischöfe, über deren Priester und über das ganze katholische Volk von Tag zu Tag sich häufenden fast auf allen Bierbänken schon wie zur Tagesordnung gewordenen Lästerungen und Verläumdungen seit geraumer Zeit in aller Stille hingenommen, zu Euch kein anderes Wort gesprochen, als: Euch ermahnt, all die Unbilden, die man jetzt an uns und unserm katholischen Volke im Angesichte der ganzen Welt begangen hat und noch immer begeht, in aller Geduld zu ertragen, wie ja auch die ersten Christengemeinden uns zum Vorbilde nicht anders gethan haben. Aber auch selbst das ist uns schon zum Verbrechen angerechnet worden, daß wir vor Euren Augen es überhaupt gewagt haben, das Schwarze schwarz zu heißen und zu sagen: die katholische Kirche habe in unsern Tagen zu leiden. — Aber wenn wir nun auch wirklich bis zu diesem Augenblicke stumm geblieben wären, würden nicht die Steine zu Euch noch weit eindringlicher geredet haben?! — Zwar kam mitten unter diesen Drangsalen hin und wieder ein landesväterliches Wort: „Die katholische Kirche soll unangetastet bleiben. Darauf gebe ich Euch mein königliches Wort.“ Aber wie die Leiden der Christen in den ersten Jahrhunderten nicht alsogleich ihr Ende erreicht hatten, wenn auch immerhin die christlichsten Kaiser auf dem Throne saßen, deren Beamten aber noch Heiden waren, wenigstens nach heidnischen Grundsätzen lebten, so können auch wir in unsern Tagen sagen: Fast wie zum Hohn und Spott des gegebenen Königlichen Wortes vom 30. April 1849 sind gerade seit dieser Zeit Greuelthaten der empörendsten Art an der katholischen Kirche verübt worden.

Wir erinnern Euch nur an den Barbarismus, verübt in dem Kloster zu Gosthn, an die Schandthaten, verübt in der Kirche zu Kröben am 14. Mai, an die Rohheiten und Abscheulichkeiten, verübt in der Kirche und der Gruft zu Alt-Laube am 16. Mai u. s. w. Und nun auch das katholische Volk selbst nicht zu vergessen: so erinnern wir Euch nur an die beiden Städtchen Schneidemühl und Chodziesen, was in den letzten Tagen des Mai's in denselben sich zugetragen hat; wo kein katholischer Christ, sobald man ihn nur als solchen bezeichnete, von Lästerungen und Mißhandlungen verschont geblieben ist. Schon der bloße Name „katholisch“ war Grund genug, um Gewaltthätigkeiten, Mißhandlungen, Grausamkeiten der empörendsten Art an unsern Brüdern zu begehen uud dieses Alles! hört es katholische Christen; ausgeübt im 19. Jahrhundert von Preußischen Snldaten, die das Kleid eines milden, hochherzigen Königs tragen, und das Schwert zur Handhabung der Gerechtigkeit führen.

Und nun geht es fort im Tone jenes Kapuziners im Schillerschen Wallenstein: „O heilige Gerechtigkeit! Wie ist Dir in dem schönen Monat Mai 1848 von Preußischen Soldaten ins Angesicht geschlagen worden! — Ob wohl Russen, Türken, ja selbst Heiden, unsere Kreuze, Heiligenbilder, Gotteshäuser und Kirchhöfe mehr entehren und schänden könnten, als der Preußische Soldat gethan hat. — Oder wie es erst am 2. Juni Nachmittags 4 Uhr an einem Orte nahe der Schlesischen Grenze geschehen ist, wo ein Soldat, und noch dazu ein Unteroffizier, wie zum Zeitvertreib einen unschuldigen Menschen (Vater von 6 Kindern) auf freiem Felde bei seiner Arbeit niedergeschossen hat?! — Darum weg mit aller Furcht vor den Russen! Schlimmeres kann uns unmöglich begegnen!?“

Wir wären es unsrer Würde schuldig, auch wenn nicht jene albernen Mährchen von der Entweihung katholischer Kirchen schon längst widerlegt wären, so unwürdigen Lügen nur das Stillschweigen der tiefsten Verachtung entgegenzusetzen. Wenn aber die Verfasser des Sendschreibens fortfahren: „Die Gottlosigkeit hat sich nämlich mit allen den verübten Greuelthaten noch nicht zufrieden gestellt, sondern, um das Maaß der Niederträchtigkeit voll zu machen, sich nicht gescheut, Euch sogar frech in die Augen zu sagen: Sehet, Katholiken! das haben Eure Priester verschuldet! diese haben das Volk aufgewiegelt gegen Euren König, sie haben Euch aufgehetzt in den Beichtstühlen. Und mit ihnen trägt der Adel den andern Theil der Schuld“, und sodann mit der frommsten Miene in allen der Geistlichkeit gemachten Vorwürfen nur gehässige Verläumdungen sehen, wenn sie sagen: „Wir haben uns noch nicht bis zu einem solchen Pfuhl verstiegen, der nur den widerlichsten Gestank eines gehässigen Parteigeistes und der ausgebildetsten Russomanie um sich verbreitet. Wir wollen bleiben nach wie vor, was wir sein sollen, nämlich: Verkündiger der Wahrheit und Herolde des Friedens, und Niemand soll uns Rechtens als Friedensstörer brandmarken können“, so können wir ihnen nur zu dieser vorzüglichen Selbstironie gratuliren.

Weiter wird nun mit dem ergötzlichen Scheine, als glauben die, welche es sagen, selbst daran, behauptet: „Und dergleichen heimliche und zugleich schädliche Kunstgriffe hat man angewendet, um wo möglich Eure Rache auch gegen den Adel zu entflammen. Man hat Euch vorgehalten: Der Adel hat Euch 3 Morgen Land versprochen, nichts aber hättet Ihr erhalten; wohl weise aber hat man Euch verschwiegen, daß die, die solches versprochen haben, jetzt eingesperrt sind, weil es irgend einem Juden so gut dünkte, und darum verhindert sind, ihr Versprechen zu halten; wohl weise hat man Euch verschwiegen, daß Ihr ja überdies schon den größten Theil Eures Landes vom Adel erhalten habt, die Behörde nur der vermittelnde Theil gewesen ist; derjenige aber, der es Euch und Euren Schulen eigentlich gegeben hat, ist kein anderer, als Euer Gutsherr gewesen, da die Behörde kein Eigenthum hat, das sie Euch schenken könnte.“

Und dann: „Es wird freilich nicht ausbleiben, daß wir neuerdings in Euren Augen werden verdächtiget werden. Man wird uns abermals für Ruhestörer und Friedensbrecher und Aufwiegler ausrufen; aber dann erinnern wir Euch daran: daß es von jeher der Kunstgriff des Fürsten der Finsterniß gewesen ist, zuerst den Hirten zu schlagen, damit die Heerde um so leichter zu zerstreuen sei. Die Apostel haben das Loos ihres Meisters getheilt, und dürften auch kein anderes erwarten; denn also hatte er ja ihnen geweissaget: Auch Euch werden sie aus den Synagogen stoßen, ja es wird die Zeit kommen, wo Jeder, der Euch tödtet, glauben wird, ein gottwohlgefälliges Werk zu thun.“

Wahrhaft empörend ist endlich der Schluß, worin aufgefordert wird, denen, die den heiligen katholischen Glauben gelästert und seinen Bekennern Böses gethan haben, christlich zu verzeihen, nachdem es doch der sehr schlecht verdeckte Zweck des ganzen Sendschreibens gewesen, aufs Neue in kaum besänftigten Gemüthern den wildesten Fanatismus zu entzünden. Wenn aber mit den Worten geschlossen wird: „Vater, verzeihe ihnen, denn sie wissen nicht, was sie thun“ so antworten wir, daß wir Eines sehr wohl wissen, daß nämlich der Geist der Wahrheit dem, der ihn selbst verräth, nimmermehr verzeiht, und daß den, der das Heiligste zu den niedrigsten Zwecken mißbraucht, auch der umhüllende Priesterrock nicht vor der ewigen Gerechtigkeit der beleidigten Wahrheit, der verletzten Menschenwürde schützt. —

Je mehr wir das Schriftstück betrachten, um so mehr werden wir geneigt, es für ein untergeschobenes Machwerk zu halten. Aber wir wissen, daß es in der Provinz auf dem Lande leider sehr verbreitet ist. Um so mehr rechtfertigt sich das Begehren einer offenen Erklärung von der katholischen Geistlichkeit, wodurch sie sich völlig von der Theilnahme an der Abfassung desselben lossagt.

† Wreschen, den 3 August. Zwischen dem hiesigen Militair und den Bauern aus der vorliegenden Gegend, kam es heute zu bedauerlichen Reibungen. Die letzten waren der angreifende Theil. Einem Unteroffizier wurde der Helm heruntergeschlagen; darüber rotteten sich die Soldaten zusammen und es entstand trotz der beschwichtigenden Zureden eines Offiziers ein Handgemenge, bei welchem das Militair auch zum Theil von den Waffen Gebrauch machte. Es setzte Kolbenstöße, auch etliche Bajonetstiche, und ein Bauer ward auf diese Weise lebensgefährlich verwundet. Der Major ließ die Truppen zusammentreten und gab ihnen die strenge Weisung, Nichts ohne seinen ausdrücklichen Befehl zu unternehmen. Vorläufig sind dieselben consignirt; Husaren versehen die Patrouillen.

♁ Berlin, den 2. August. Nachdem nun in Frankfurt die deutsche Sache gegen die polnischen Reklamationen den Sieg davongetragen hat, würde ich es vor der Hand gerne vermieden haben, eine nochmalige Prüfung der Waffen vorzunehmen, mit denen man uns entgegenzutreten gedachte. Doch wo es sich um Aufhellung faktischer Unrichtigkeiten handelt, muß jede andere Rücksicht außer Acht bleiben. Ohne weiteren Zusatz will ich daher in Betreff eines in Nr. 75 der Gazeta polska veröffentlichten, dann in Uebersetzung von hiesigen Blättern mitgetheilten Schreibens der um Posen herum belegenen Gemeinden an Seine Majestät den König, worin dem unterm 23. Mai d. J. an die Landleute der Provinz Posen erlassenen Aufruf des Generals Pfuel in allen Stücken widersprochen wird, die Ergebnisse mittheilen, welche bei den wegen der Unterschriften angestellten Ermittelungen zu Tage kamen. Die Petition ist von Pallacz Jan entworfen, und trägt 99 Unterschriften. Davon hat Pallacz Jan selbst 4 Namen außer dem seinigen unterschrieben, 16 als Einsassen von Gurczyn bezeichnete Personen haben nie daselbst gewohnt, 15 Leute sind nicht aus Gurczyn und haben sie sowenig, wie der Schulze unterschrieben. Der Baner Johann Rayka von Jerzyce kennt die Petition gar nicht, und hat sie auch nicht unterschrieben, 3 Bauern aus Zegrze, 2 aus Kobylepole und 1 aus Garaczewo haben sie in einer Brandweinschenke in der Stadt unterschrieben, weil man ihnen gesagt, es beträfe eine Vorstellung an den König, um ein Verbot gegen die Schändung der Kirche zu erlassen, und ihnen die Petition selbst nicht vorgelesen worden. Viele Namen hat der Kopist gefertigt resp. fertigen lassen und sagt deshalb Pallacz Jan wörtlich:

„Uebrigens muß ich bekennen, daß es mit den Unterschriften noch folgende Bewandniß hat. Ehe ich das Konzept des Vorstellens zur Reinschrift beförderte, ließ ich dasselbe von vielen Personen, die ich jetzt nicht näher anzugeben vermag, hierselbst unterschreiben. Diese Unterschriften nun hat wahrscheinlich der Reinschriftfertiger und Uebersetzer in das mundum selbst übernommen. Demnächst wurden erst die Unterschriften eingesammelt, die eigenhändig in der Reinschrift niedergeschrieben sich befinden.“

Breslau, den 2. August. Ueber die Ereignisse in Schweidnitz am 31. Juli und 1. August ist Nachstehendes auf glaubwürdigem Wege bekannt geworden. Die Verweigerung des Kommandanten, den Zusammenruf der Bürgerwehr durch Signale zu gestatten, hatte gegen denselben eine Mißstimmung hervorgerufen, die sich am Abend des 31. durch eine Demonstration in Form einer Katzenmusik Luft machte. Die Aufforderungen der Kommandantur an die Polizeibehörde und an den Bürgermeister blieben ohne Erfolg, vielmehr erging von dem Bürgermeister die Erwiederung, daß der Kommandant Truppen zur Herstellung der Ruhe ausrücken lassen möchte. Hierauf wurde eine Kompagnie vor die Kommandantur beordert, das Gebäude gegen fernere Steinwürfe zu schützen. Der Zusammenruf der Bürgerwehr erfolgte durch Läuten der Glocken. Diese Art des Zusammenrufs der Bürgerwehr war den Truppen nicht bekannt, sie erkannten vielmehr hierin ein Sturmläuten und glaubten die ganze Ordnung der Dinge umgestürzt. Um auf jeden möglichen Fall vorbereitet zu sein, wurde von Seiten der nunmehr zunächst vorrückenden Kompagnie geladen, die Leute derselben aber ermahnt, nicht ohne Befehl zu feuern. Auf dem Ringe eingetroffen, erhielt diese Kompagie den Befehl, auf die Masse anzurücken. Die Truppen avancirten unter Insulten und Steinwürfen im Sturmschritt mit dem Gewehr rechts zur Attaque, um den Platz zu säubern. Ein dem Vorgehen der Kompagnie entgegentretender Bürgerwehrmann verwundete einen Offizier derselben durch einen Bajonnettstich in den Daumen. Am Vorbau des Rathhauses, gegenüber der Kommandantur, angekommen, fielen auf die Kompagnie zwei Schüsse, von denen der eine aus einem Hause gethan, einen Soldaten in der Richtung von der Stirn zum Gaumen schwer verwundete. Durch diesen Vorfall ließ sich einer der im Gliede zunächst stehenden Soldaten zum Feuern verleiten, und diesem Schuß folgten noch im Ganzen 102 Schuß, welche 8, nach neueren Angaben 11 Mann auf dem Platze oder in Folge der Wunden tödteten. An Verwundeten sind außerdem 14 zur Kenntniß gekommen. Nach diesem Vorfall wurde der geräumte Ring militairisch besetzt. Die Nacht verging ohne weitere Störung. Am anderen Morgen fanden neue Zusammenrottungen statt. Die Truppen wurden beschimpft und mit Steinen geworfen, bis von Neuem Generalmarsch geschlagen wurde, worauf vorübergehende Ruhe eintrat. Um die Ordnung mög-

lichst ohne weitere blutige Konflicte herzustellen, sollte eine Konvention abgeschlossen werden, wonach das Militair das Zeughaus und die Wachen besetzt behalten, hingegen die Bürgerwehr den Sicherheitsdienst innerhalb der Stadt übernehmen sollte. Während der Verhandlung darüber wurden die mit der Vollziehung beauftragten Stabsoffiziere von dem in das Rathhaus eingedrungenen Volke bedrängt und zum Weichen aus einem in das andere Zimmer genöthigt, bis sie endlich durch Militairmannschaft wieder befreit wurden. Eine noch nähere Feststellung der Thatsachen wird die eingeleitete Untersuchung ergeben. Es scheint, als ob eine Störung der Ruhe in Schweidnitz gegenwärtig nicht zu besorgen wäre.

△ Breslau, den 3. August. Wie in vielen Städten der Monarchie, so wird für den 6. August hier eine allgemeine Festlichkeit vorbereitet, an der sich die städtischen Behörden und die ganze Bevölkerung betheiligen werden. Ich verweise auf einen sehr passenden bezüglichen Aufruf des constitutionell-demokratischen Vereins hierselbst, der bei den Bewohnern unserer Stadt den vollsten Anklang gefunden hat. Man hat besonders in den rheinischen Städten, dann in Stettin, Magdeburg und in den größeren Provinzialorten Festlichkeiten auf diesen Tag vorbereitet, und es wird wahrlich gut thun, alle Parteien einmal durch ein erhebendes nationales Fest vereinigt zu sehen.

Stettin, den 28. Juli. Man beschäftigt sich hier jetzt eifrig mit einem Hauptrequisit für unsere junge Flotte, nämlich mit der Bildung eines Bataillons Marine-Soldaten. Dasselbe wird aus 642 Mann bestehen. Zum Commandeur desselben ist der Major Schmidt ernannt. Unter demselben stehen ein erster und ein zweiter Marine-Lieutenant. Die übrigen Offiziere dieses Bataillons werden theils aus der Artillerie, theils aus qualifizirten Freiwilligen gewählt werden. Außerdem werden eine Anzahl Unteroffiziere dabei angestellt, welche in drei Klassen getheilt sind. Die erste besteht aus Ober-Feuerwerkern, die zweite aus Feuerwerkern, die dritte aus gewöhnlichen Unteroffizieren. — Ein großer Theil dieses Bataillons ist zum Dienst auf den zehn Kanonenböten bestimmt, welche demnächst sowohl hier als in Danzig und in anderen Häfen des Landes fertig werden. Die Zahl dieser Kanonenböte und Blockschiffe soll bekanntlich auf 60 gebracht werden, eine für unsere Küste hinreichende Anzahl von Schiffen dieser Gattung, die eine stattlich bewegliche Strand-Batterie sein wird. (N. B. Z.)

Frankfurt, den 28. Juli. (W.-Z.) Die allgemeine Entrüstung, welche in der Polendebatte Ruge's Ausruf, daß Radetzki, der moderne Tilly, aus Italien vertrieben werden müsse, bei dem größten Theil der National-Versammlung erregte, so daß selbst der Präsident seine scharf mißbilligende Ansicht nicht zurückhalten konnte, hat auch noch außerhalb der Paulskirche nachgewirkt. Das unter den Auspicien der Linken in Frankfurt herausgegebene Reichstagsblatt bringt einige Aktenstücke, woraus man sieht, daß ein ehrenwerther Abgeordneter dem gekränkten deutschen Namen noch auf andere Weise von Herrn Ruge Gerechtigkeit verschaffen wollte, wenn er sich dazu auch nach unserer Ansicht des unrechten Mittels bediente. Der Oesterreichische Abgeordnete Hayden ließ ihm durch Somaruga eine Erklärung zusenden, daß nach seiner Ansicht, der gewiß jeder ehrliebende Deutsche beitreten werde, er jeden Deutschen, der öffentlich erkläre, „er wünsche deutschen Waffen die Schmach der Niederlage" — der auf einen deutschen General das Gehässige eines Zusammenstellens mit Tilly wirft — für einen ehrlosen Verräther an der deutschen Sache halte und das nur ein solcher oder ein blinder Fanatiker in einer öffentlichen Versammlung so sprechen könne. Somaruga stellte diese Erklärung Herrn Ruge zu, mit der Andeutung, Ruge möchte für den Fall, daß er zu einem weiteren Schritte zur Vertheidigung seiner Ehre sich bestimmt finden sollte, ihm Mittheilung machen. Darauf antwortete Ruge mit dem folgenden Billet: „Herrn Haydens Schimpfworte berühren meine Ehre durchaus nicht. Damit Herr Hayden sich vollständig davon überzeugt, werde ich diese Korrespondenz publiziren. Das Publikum mag sich dann entscheiden, ob es mit mir den Feind der Freiheit, den nichtdeutschen Radetzki, oder die hochherzigen Italiener geschlagen zu sehen wünscht. Ich wünsche, daß ganz Deutschland seinen Fluch und seinen Bann über diesen Krieg der Reaktion gegen die Freiheit unserer Italienischen Brüder aussprechen möge, und ich hoffe, daß es dies bald thut, denn es ist Gefahr in dem Verzuge. Ergebenst Dr. Arnold Ruge."

— Das „F. J." veröffentlicht folgende „Einladung zu einem wissenschaftlichen Kongreß in Frankfurt a. M." Auf Pfingsten d. J. hat zu Frankfurt a. M. eine vorberathende Versammlung zur Gründung einer allgemeinen deutschen freien akademischen Universität stattgefunden. Durch den damals erwählten und unterdessen ergänzten Ausschuß ist in einer besondern Denkschrift der Plan des Instituts zur allgemeinen Kenntniß des Publikums gebracht worden, und soll derselbe einem sofort zu berufenden wissenschaftlichen Kongreß zur Berathung und definitiven Beschlußnahme vorgelegt werden. Unter Hinweisung auf diese (bei J. V. Meidinger in Frankfurt erschienene und durch alle Buchhandlungen zu beziehende) Denkschrift werden nunmehr alle diejenigen Männer der Wissenschaft, welche an der Ausführung des Planes ein begeistertes Interesse nehmen, zu diesem am 27., 28. und 29. August nächsthin in Frankfurt a. M., im Gasthof zum Landsberg, stattfindenden wissenschaftlichen Kongreß eingeladen und zugleich ersucht, ihre Anmeldungen zum Besuch desselben bei einem der hier mitunterzeichneten Mitglieder der constituirenden deutschen Nationalversammlung, spätestens bis zum 20. Aug., schriftlich zu machen. Frankfurt a. M., den 16. Juli 1848. A. Adler, in Worms. M. Carrièr, in Gießen. L. Feuerbach, in Bruckberg bei Ansbach. K. Grün, in Trier. K. Nauwerck, Mitglied der Nationalversammlung in Frankfurt. L. Noack, in Oppenheim a. Rh. A. Peters, in Dresden. A. Ruge, Mitglied der Nationalversammlung in Frankfurt. Fr. Vischer, Mitglied der Nationalversammlung in Frankfurt. G. Zimmermann, in Worms.

Frankfurt a. M., den 1. August. (O. P. A. Z.) 51ste Sitzung der Deutschen National-Versammlung am 31. Juli. Der Reichsminister von Schmerling theilt der National-Versammlung mit, daß die Unterhandlungen wegen Abschlusses eines Waffenstillstandes mit Dänemark von dem Ober-Befehlshaber des kombinirten Deutschen Heeres abgebrochen worden sind, und daß die Feindseligkeiten am 21. Juli wieder begonnen haben. Es sollen nunmehr die von dem Ministerium bereits in Aussicht gestellten Maßregeln zur schleunigen Beendigung des Kriegs ergriffen werden. Reichskriegsminister von Peucker eröffnet der Versammlung, daß bei der unvermeidlichen Fortsetzung des Kriegs Einleitungen zur Absendung von namhaften Verstärkungen und zwar in der Art getroffen sind, daß allen Deutschen Heeren Gelegenheit gegeben werde, an dem ersten Bundeskrieg Theil zu nehmen. Es werden in kurzer Zeit Oesterreichische, so wie Truppen des siebenten, achten und neunten Armee-Corps, in Verbindung mit den tapferen Waffenbrüdern, welche seit Monaten kämpften, dem Feinde die Lehre geben, daß das einige Deutschland nicht ungestraft sich verhöhnen läßt. Bei der vorgenommenen neuen Präsidentenwahl erhielt von 391 Stimmenden Heinrich von Gagern 357 Stimmen, von Itzstein 25 Stimmen, von Radowitz 2 Stimmen, von Soiron 4 Stimmen, Gritzner 1 Stimme, Ruge 1 Stimme, Tafel 1 Stimme. Als erster Vice-Präsident wurde von Soiron mit 322 Stimmen, als zweiter Vice-Präsident von Hermann aus München mit 252 Stimmen gewählt. Es wurde sodann das von dem Marine-Ausschuß vorgeschlagene Gesetz über die Deutsche Flagge mit einer Modifikation angenommen.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 30. Juli. Nachdem in der gestrigen Sitzung der National-Versammlung der Minister des Innern die von der berittenen Mobilgarde geleisteten Dienste hervorgehoben hatte, stimmte er dem Antrage des Herrn Tredern bei, aus der Mannschaft dieses Corps, welche großentheils aus Unteroffizieren der Armee von Afrika besteht, zwei Eskadronen Guiden zu bilden, welche bei den Ministerien und Mairieen den Ordonnanzdienst versehen sollten. Nachdem mehrere Redner für und gegen den Tredernschen Antrag gesprochen hatten, wurde derselbe bei der Abstimmung verworfen und der Regierungs-Gesetz-Entwurf angenommen. Herr Senard zeigte an, daß der Ober-Befehlshaber der Mobilgarde, General Damesme, an den Folgen seiner Verwundung gestorben sei. (Schmerzlicher Eindruck im ganzen Saale.) Eine Deputation von 50 Mitgliedern wurde beauftragt, dem Leichenbegängnisse beizuwohnen. — Der Dekret-Entwurf, nach welchem die durch das Dekret vom 20. März dem Schatze zugewiesenen Gelder der Tontinen-Anstalten diesen in 5proz. Renten zurückbezahlt werden sollen, wurde nach einigen Erörterungen genehmigt. Goudchaux, der neue Finanzminister, versprach den Tontinen-Gesellschaften die von der provisorischen Regierung beabsichtigte Spoliation nicht eintreten zu lassen, sondern die Einzahlungen sämmtlich zum Course von 65 % in 5 % Renten zurückzuleisten. Die Tontinen haben für etwa $2\frac{3}{4}$ Millionen zu fordern. Cremieux eilte auf die Tribüne, um dagegen zu protestiren, daß man die provisorische Regierung der Spoliation anklage. Er vertheidigte jene Regierung mit vieler Energie gegen den Vorwurf des Kommunismus. „Wir hatten die Ehre", rief er aus, „das Französische Volk zu vertreten, und werden nimmermehr dulden, daß man uns dergleichen Vorwürfe mache." Vivien suchte jedoch wiederholt die Verletzung von Verträgen durch die provisorische Regierung nachzuweisen. (Lärmen und heftige Unterbrechung). Liguier und Andere protestirten gegen den Restitutions-Cours von 65 pCt.

— Gestern versammelten sich die Abtheilungen der National-Versammlung, um den Dekret-Entwurf über die Wahl der Richter der Handels-Tribunale zu prüfen. Der Entwurf, der noch unter dem Cremieurschen Ministerium ausgearbeitet ist, hat zum Zweck, die Wahl der Richter von allen seit fünf Jahren patentirten Handeltreibenden ausgehen zu lassen. Bisher wurde die Wähler-Liste von den Präfekten entworfen und war nur aus den Notabeln des Handelsstandes zusammengesetzt.

— Die mit Entwerfung eines Gesetz-Entwurfs über den Elementar-Unterricht beauftragte Kommission hat die Frage absoluter Freiheit ohne Staats-Kontrolle fallen lassen.

— Die Repräsentanten, welche sich im Institut versammeln, haben beschlossen, fortan in der National-Versammlung keinem Gesetz-Entwurfe, der neue Ausgaben bewilligt, ihre Zustimmung zu geben, wenn nicht der Finanzminister für den vorgeschlagenen Kredit ausdrücklich die Verantwortlichkeit übernimmt und die Mittel nachweist, durch welche er das Geld aufbringen kann. Das Journal des Débats belobt diesen Entschluß sehr, weil die jetzige Finanzlage ihn durchaus rechtfertige.

Straßburg, den 27. Juli. (Köln. Ztg.) Rauschenplat ist diesen Morgen aus dem Gewahrsam entlassen worden und hat ein Sicherheits-Geleite bis an die Badische Grenze erhalten. Was geschehen, geschah mit Einwilligung des Verfolgten zu seiner Sicherheit. Gestern sind außerordentlich beschränkende Maßregeln gegen Anschlagzettel erschienen, die von politischen Gegenständen handeln oder die Bürger zu geschlossenen oder öffentlichen Versammlungen berufen.

Spanien.

Madrid, den 19. Juli. Wir erhalten fortwährend befriedigende Nachrichten aus den Provinzen. Nirgends finden die neuen Faktiosen Anklang oder Unterstützung. In Navarra laufen die Bauernbursche, die sich denselben angeschlossen, nachgerade wieder nach Hause, und der größere Theil der von Frankreich herübergekommenen carlistischen Offiziere welche den Aufstand organisiren sollten, kehren in der Ueberzeugung von der Vergeblichkeit ihrer Bemühungen nach Frankreich zurück. Alle dermaligen Anstrengungen zu Gunsten des Don Carlos oder Montemolins, oder zu Gunsten der Revolution sind rein verloren, nicht nur weil das Land Ruhe will, sondern auch weil im jetzigen Fall diese Sache durch den schlechten Empfang den sie gefunden, und durch die Schlappen die sie im Feld erlitten, bereits alles moralische Gewicht verloren hat. — Die Familie des Infanten Don Francisco war in letzter Zeit in immer größeren Mißcredit gerathen, und nun hat das Benehmen des Don Enrique gegen die Königin, die Heirath der Ex-Infantin Doña Josefa Fernanda mit einem gewissen Guell y Rente, und endlich das anstößige Betragen des Infanten Don Francisco selbst die Königliche Familie derselben ganz entfremdet. Der Infant hat vom Hof die Weisung erhalten, mit seiner Tochter ins Ausland zu reisen, und die Königin hat den drei minorennen Söhnen ihres Schwiegervaters aus eigner Machtvollkommenheit den Herzog v. Gor zum Hofmeister gesetzt, und ihm den siebenten Theil der Pension des Infanten für die Erziehung der Kinder angewiesen. Dieser Akt Königlicher Ungnade erregt Aufsehen im Publikum. Das Spanische Königshaus war sonst eines der zahlreichsten, in welchem ein Mangel an sukcessionsfähigen Gliedern schwerlich zu besorgen schien; jetzt aber finden sich theils factisch, theils auch von Rechts wegen vier Zweige der Familie von der Erbfolge ausgeschlossen, nämlich der des Don Carlos, und die Linien des Don Francisco, des Don Sebastian und des Herzogs v. Lucca; so daß, wenn auch die Infantin Luisa wegen ihrer Heirath mit dem Herzog v. Montpensier ausgeschlossen würde, und Königin Isabelle keine Leibeserben erzielte, nur der Neapolitanische Zweig übrig bliebe — ein Zweig welchen das Spanische Volk nimmermehr auf seinem Thron dulden würde. Diese Umstände verleihen dem Zerwürfniß der Königin mit dem Infanten Don Francisco Wichtigkeit, und lassen das Publikum umsomehr wünschen daß die Schwangerschaft der Königin bald amtlich erklärt werde. (A. Z.)

Schweden und Norwegen.

Nachrichten aus Stockholm zufolge hatte sich die Cholera auch in **Reval** und **Helsingfors** und in **Abo** gezeigt. Am 15. waren an letzterem Orte von 12 Patienten 4 gestorben. Zur Abwehrung dieser Krankheit waren in Kopenhagen fernere Maßregeln getroffen worden.

Rußland.

St. Petersburg, den 23. Juli. — Die Cholera ist bereits bedeutend im Abnehmen, so daß, während in der ersten Zeit täglich 5 bis 100 Personen starben, am 8. 216 und am 9. nur 154 Sterbefälle vorkamen, und so können wir hoffen, bald von diesem Uebel gänzlich befreit zu sein. Glücklicherweise hatten wir in vergangener Woche in der Nacht ein starkes Gewitter mit viel Regen, was die Luft bedeutend gereinigt hat. Man berechnet daß während der Epidemie etwa 80 bis 90,000 Arbeiter aufs Land gegangen sind, so daß Arbeiter hier jetzt schwer zu bekommen sind; denn der gemeine Russe glaubte allgemein, die Menschen würden vergiftet. Von diesen Fortgegangenen sind Tausende auf der Landstraße wie das Vieh gefallen, indem sie ohne alle Hülfe waren und so umkommen mußten. Hier in der Stadt berechnet man die Zahl der Gestorbenen zwischen 20 bis 25,000; genau weiß es Niemand, doch dürfte die Zahl wohl richtig sein.

Moldau und Wallachei.

Jassy, den 24. Juli. — Seit vorgestern ist hier das Gerücht verbreitet, daß ein Russischer Courier sowohl dem General **Duhamel**, als dem General-Consul v. **Kotzebue** mißbilligende Noten ihrer Regierung überbracht, daß sie den Einmarsch der **Russischen Truppen in die Moldau** veranstaltet. Ja es cirkulirt das durch einige Umstände fast zur Wahrscheinlichkeit gestempelte Gerücht, daß bereits am 27. sowohl die hier auf dem Copo lagernden, als die in Verlab stationirten und nach der Wallachei bestimmten Russischen Truppen den **Rückmarsch** nach Bessarabien antreten würden.

Belgrad, den 25. Juli. Gestern wurde die so lang behauptete Ruhe unserer Stadt durch das rohe Benehmen eines türkischen, von der Festung herabgekommenen Soldaten auf eine bedauerliche Weise gestört, und wir haben mit jeder Stunde ernstliche Demonstrationen gegen die Türkische Besatzung und Bevölkerung zu gewärtigen, wenn es den Bemühungen des Ministers Wucsitsch nicht gelingen sollte, die ohnehin höchst aufgeregte Servische Population zu beruhigen. Die Veranlassung zum Ausbruch dieses Ereignisses gab der Soldat, welcher in einem Kaufladen Leinwand verlangte und, als ihm solche ohne Zahlung zu leisten, verweigert wurde, den Ladendiener mit seinem Handschar gefährlich verwundete, und eben so dem Vater des Verwundeten mehrere Stiche mit seiner Mordwaffe versetzte, sich aber, von einer ungeheuren Menschenmasse verfolgt, noch in die Festung flüchten konnte. Der Pascha und Festungs-Commandant verweigert bis jetzt jede Satisfaction und macht nur nothgedrungen durch die energischen Reklamationen des fürstlichen Stellvertreters Wucsitsch das Zugeständniß, den Soldaten an die Serbische Regierung auszuliefern, wenn einer von den Verwundeten sterben sollte. Noch einmal gelang es dem Kriegsminister Wucsitsch, die sich bei seiner Wohnung versammelte Volksmasse vom Balkon herab zu beruhigen, ob ihm dieß auch heute gelingen wird, steht im Zweifel, da auch die Bemühungen des Russischen Consuls zur Herstellung der Ruhe vergeblich gewesen sind.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Der **Friedensvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko** enthält 22 Artikel, von denen wir als die wichtigsten herausheben: **Art. 4.** Die genommenen Forts und Waffen werden zurückgegeben, das Land innerhalb dreier Monate vollständig geräumt, diejenigen Amerikanischen Truppentheile indeß, welche vor dem Eintritt der ungesunden Jahreszeit nicht eingeschifft werden können, gastfrei gehalten; die Kriegsgefangenen werden ausgewechselt und die Vereinigten Staaten tragen dafür Sorge, daß die von Indianern aus dem Gebiete der Ver. Staaten gefangen genommenen Mexikaner wieder in Freiheit gesetzt werden. **Art. 5.** Die **neue Grenzlinie** beginnt drei Leguas vom Lande der Mündung des Rio Grande gegenüber, läuft durch die Mitte dieses Flusses bis zur Südgrenze von Neu-Mexiko, von dort längs dieser Grenze bis zu ihrem westlichen Endpunkte, von dort nordwärts längs der Westgrenze Neu-Mexikos bis zum Flusse Gila, von dort diesen Fluß hinab bis zum Colombo und dann längs der Grenzlinie zwischen Ober- und Nieder-Californien bis zur Südsee. Die beiden Regierungen ernennen Commissaire, welche gemeinschaftlich diese Grenzlinie zu reguliren haben. **Art. 6.** Den Schiffen der Ver. Staaten wird freie Schifffahrt im Meerbusen von Kalifornien zugesichert und die Ver. Staaten erhalten das Recht, auf beiden Ufern des Gila eine Eisenbahn zu bauen oder einen Kanal anzulegen. **Art. 7.** Das Recht der Schifffahrt auf dem Gila und dem Rio Grande steht beiden Ländern gleichmäßig zu, ohne daß von ihren Schiffen irgend eine Gebühr erhoben wird. **Art. 10.** Die Ver. Staaten versprechen die Mexikanischen Grenzen gegen die Indianer zu schützen; den Bürgern der Ver. Staaten ist es untersagt, von den Indianern gestohlenes Eigenthum der Mexikaner zu kaufen und gefangene Mexikaner, welche in das Gebiet der Ver. Staaten gebracht werden, sollen von der Regierung der Ver. Staaten zurückgeliefert werden. **Art. 11.** Die Ver. Staaten bezahlen 15,000,000 Pfd. Sterl. an Mexiko, nämlich bei der Ratifikation des Vertrags 3 Millionen baar in der Hauptstadt Mexiko, und ferner alljährlich vier Jahre hindurch 3 Millionen Pfd. Sterl. ebenfalls in der Hauptstadt Mexiko mit 6 pCt. Zinsen vom Tage der Ratifikation an gerechnet. **Art. 20.** Ergeben sich Differenzen, so werden die beiden Republiken sich bemühen, dieselben durch Unterhandlung auszugleichen. **Art. 21.** enthält Bestimmungen für den Fall, daß dennoch einmal wieder Krieg zwischen Mexiko und den Ver. Staaten eintreten sollte. **Art. 22.** Die Ratifikationen sollen innerhalb drei Monaten ausgewechselt werden.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Vierunddreißigste Sitzung, vom 28. Juli.

Eröffnung $10\frac{1}{2}$ Uhr. Präsident: Hr. **Grabow**. Der Schriftführer Abg. **Bauer** (Krotoschin) verliest das Protokoll der vorigen Sitzung. Während der Verlesung ist kein Minister anwesend, und nachdem Hr. **Schulz** (Wanzleben) beantragt und die Versammlung es durch Abstimmung **genehmigt** hatte, daß sie amtlich nicht mehr „Kammer", sondern stets Versammlung genannt werden sollte, fanden sich die Minister v. Auerswald und Kühlwetter, später die anderen Minister ein. Der **Präsident** verkündigte, unter großer Heiterkeit, das Ergebniß jener Abstimmung dahin: „Die „„Kammer"" ist also beschlußmäßig aus unserer Versammlung verbannt." Der Schriftführer Abg. **Parrisius** verlas demnächst zwei dissentirende Vota in Betreff der Abstimmung wegen gerichtlicher Verfolgung des Abg. **Kuhr**. Das eine Votum war von mehren Abgeordneten, die Hrn. Esser III. und Waldeck an der Spitze, das andere von den Hrn Jacobi, Berends, Jung, Mätze u. A. m. unterzeichnet. Nach Ertheilung mehrerer Urlaubsgesuche, Mittheilung von Bildung der Fach-Commissionen wurde der Gesetzentwurf wegen Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes, Criminal- und fiskalischen Untersuchungen und Injurienprozessen definitiv **angenommen**.

Hr. **Waldeck** verlas nun einen dringlichen, vor der Tagesordnung zu verhandelnden Antrag, daß nämlich die in dem Verfassungsentwurfe schon enthaltenen, die **persönliche Freiheit** gewährleistenden Bestimmungen, nämlich die Art. 5. 6. 7. u 93. des Entwurfes der Verfassungs-Urkunden sofort zum Gesetze erhoben und der Krone zur Erklärung übergeben werden. Nach erhaltener Genehmigung begründete Hr. **Waldeck** die Dringlichkeit seines Antrags. Die Versammlung beschließt die sofortige Debatte, und Hr. **Waldeck** begründet jetzt seinen eigentlichen Antrag dafür, daß die persönliche Freiheit zu gewährleisten, jedes Ausnahmegericht abzuschaffen, die Haussuchung in die gesetzlichen Schranken zu weisen und Beamten-Ueberschreitungen durch Rechtsschritte zu hemmen seien. Als die Discussion über die allgemeinen Gesichtspunkte eröffnet werden sollte, erhob sich der **Minister des Innern**, um die sofortige Beschlußnahme über diesen Gegenstand entschieden zu bekämpfen. Die Regierung sei heut zu unvorbereitet, um auf die Sache eingehen zu können. Wolle die Versammlung sich aber überhaupt auf den Antrag einlassen, so müsse die Regierung dringend wünschen, denselben in 8 Tagen aufzunehmen.

Hr. **Otto** (aus Liegnitz) erklärte sich für den Antrag. Hr. **Peltzer** beantragt, vom Platze aus, die **Tagesordnung**. Der, von Hrn. **Peltzer** noch näher begründete Antrag auf Tagesordnung wird **unterstützt**. Hr. v. **Berg** erklärt sich dagegen und greift dabei das Institut der Schutzmannschaft an. Am 31. Juli Abends haben Schutzmänner, unter den Linden, Zusammenrottungen gebildet. Letztere haben sonst kein Geld gekostet, werden aber jetzt theuerbezahlt (Heiterkeit). Ueberhaupt haben diese Schutzmänner, welche aus reinem Mangel an Beschäftigung die Fenster der Häuser zählen müssen, gar keinen gesetzlichen Boden. Um aber den Gesetzesboden überhaupt so schleunig wie möglich zu erlangen, erkläre er sich gegen die Tagesordnung, wolle aber, weil das Ministerium sich doch zuvor berathen müsse, in eine Vertagung, aber nur bis zu der nächsten Sitzung, nicht länger, willigen. Hr. v. **Daniels** spricht für die Tagesordnung, worauf Hr. **Berends** die **namentliche Abstimmung** über das Uebergehen zur Tagesordnung beantragte und dafür eine sehr zahlreiche Unterstützung erhielt. Die Frage: ob über den Waldeckschen Antrag zu der Tagesordnung geschritten werden solle, wurde von 150 **bejaht** und von 213 **verneint**, also **verworfen**; 49 fehlten bei und 3 enthielten sich der Abstimmung.

Hr. **Zachariae** macht jetzt den Antrag: die Discussion **auf acht Tage auszusetzen** und den Antrag inzwischen sofort den Abtheilungen zur Besprechung zuzufertigen. Hr. **Kühnemann** macht einen zweiten Antrag, die Dis-

(Mit einer Beilage.)

kussion bis zum 8. August zu vertagen, bis dahin aber den Antrag in den Abtheilungen und der Central-Abtheilung vorzuberathen. Hr. v. Meusebach endlich beantragt: die Abtheilungen sollen über die Eingangs gedachten Paragraphen des Verfassungs-Entwurfs zuerst und die Centralabtheilung in acht Tagen darüber berathen.

Der Minister des Innern bemerkt zunächst, welches große Recht die Geschäftsordnung den Mitgliedern verleihe, indem diese über die Dringlichkeit eines Antrages beschließen, ohne das sich das Ministerium darüber äußern dürfe. Das letztere müsse sich über eine erhebliche Maßregel doch erst besprechen. Der vorliegende Antrag sei wichtig, doch welcher Abschnitt der Verfassung sei es nicht? Wenn ihre Einzelnheiten herausgenommen werden, so müssen zu deren Berathung Gründe der Dringlichkeit und Eile vorliegen, doch davon habe er nichts vernommen. Als die Stadt Liegnitz in Bezug genommen worden, habe er sofort sich nach etwa vorgekommenen Mißbräuchen erkundigt, aber wie man gehört, nichts erfahren. Ferner habe man die hiesige Schutzmannschaft angegriffen; allein ein Rechtsstaat sei ohne Polizei nicht denkbar Wenn die Schutzmänner sich wirklich Uebergriffe erlaubt, so werde man doch daraus noch keinen Grund herleiten, ein Stück Verfassung zu machen. Ueberdies verhaften die Schutzmänner ja nur die auf frischer That betroffenen. Die Regierung müsse aber dem Gesetze Achtung zu schaffen suchen. Uebrigens solle nur den gesetzwidrigen Zusammenrottungen begegnet werden. Schließlich bemerke er, daß der Antrag auf Vertagung durchgehen müsse, weil die Regierung heut sich nicht äußern könne. Die Versammlung beschließt, daß über den Kühnemann'schen Antrag zuerst abgestimmt werde, und er wird bei der Abstimmung angenommen, wodurch die übrigen Anträge beseitigt sind.

Der (unterstützten) Interpellation des Abg. Schulze (Delitzsch): „1) auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmung die Einführung der Schutzmannschaft geschehe, und inwieweit dieselbe btreits ausgeführt ist? 2) Welche Befugnisse dieser Schutzmannschaft beigelegt sind? 3) Ob die Besoldung derselben aus Staatsmitteln allein oder unter Beihülfe der Comunen aufgebracht wird? 4) Ob durch Einführung dieser Schutzmannschaft eine Aufhebung oder Verminderung des bisherigen Polizeipersonals angebahnt wird?" wird der Vorrang vor der übrigen Tages-Ordnung eingeräumt.

Minister des Innern Kühlwetter: Auf 1) der Interpellation erwiedere ich, daß überall, je nach dem Bedürfniß, exekutive Beamten sofort angestellt werden. Da Schutzmannschaften nur im Großen durchgreifend wirken können, so haben sie in den Provinzen, theils bei den Communen keinen Anklang gefunden, theils waren sie nicht nothwendig. Man hat sich daher auf die Residenz beschränkt. Auf 2) Es sind der Schutzmannschaft alle Befugnisse exekutiver Beamten beigelegt worden; 3) Geschieht ihre Besoldung aus Staatsmitteln, da die Stadt keinen Geschmack (hm!) am Bezahlen gefunden. Die betreffende Finanzfrage wird noch später zur Verhandlung kommen und ich werde ihr nicht ausweichen. 4) Soll gerade hier, in Berlin, das übrige Polizei-Personal durch die Errichtung des Schutzmannschaft-Institutes vermindert werden. Was die Stimmen für und wider dasselbe betrifft, so sind mir sehr viele der ersten Art bekannt worden, und ich folge schließlich meiner eigenen Ansicht, die dahin geht, daß dieses Institut ein Vortreffliches ist. (Geräusch)

Finanzminister Hansemann: Die Finanzen steigen in dem Maaße des wachsenden Vertrauens, welches wieder aus der Höhe der stattfindenden Ordnung entspringt. Alles übrige ist illusorisch, nur diese muß gehandhabt werden. Wenn sich unsere große Freiheit, deren wir jetzt genießen, in den Gränzen der Ordnung entwickelt, so haben wir eine große, vielleicht nach einer so bedeutenden Umwälzung, wie die unsrige, noch nicht da gewesene, Aufgabe gelöst.

Hr. Schulze fügt hinzu, daß das, was der Hr. Polizei-Minister (!) gesagt, ihn nicht habe überzeugen können. Seitdem diese Schutzmänner auf den Straßen herumgingen, komme ihm die Luft schwüler vor. Ihm scheine, daß jeder Vorübergehende unter polizeilicher Aufsicht stehe, und daß jene Männer eher Aufsehen und Unruhe erregen, als solchen Leidenschaften entgegentreten, und nicht Kraft genug besäßen, sie zu verhindern. Er müsse daher darauf bestehen, über seine Interpellation eine Diskussion zu eröffnen (unterstützt). Diese unterbleibt jedoch, da sich bei der Abstimmung 176 St. dafür und eben so viele dagegen erheben.

Die Sitzung wird, der Erschöpfung der Abgeordneten halber, bis nach 2 Uhr ausgesetzt.

Hr. Schornbaum verliest darauf den (bereits in vergangener Woche von uns mitgetheilten) Bericht der Centralabtheilung über den Antrag des Abg. v. Lisiecki auf Abschaffung der Todesstrafe, und hebt in seiner ferneren Motivirung der Annahme des Antrages das Unsittliche und Barbarische der Todesstrafe hervor. Es sind 5 Amendements eingebracht worden, von denen die beiden der HH. Jonas und Borchardt pure auf Abschaffung der Todesstrafe, ohne alle Anmerkung, antragen (zahlreich unterstützt). Hr. Schlink will, daß man den neu zu emanirenden Capitalgesetzen nicht vorgreife, sondern zur motivirten Tagesordnung übergehe, während die HH. Ludwig und Reichensperger Aenderungen derjenigen Stellen wünschen, welche die Beibehaltung der Todesstrafe für gewisse Fälle aussprechen. (Auch diese 3 werden unterstützt.)

Hr. Reichensperger: Ich spreche gegen die Aufhebung, doch für die Einschränkung der Todesstrafe; diese soll nur existiren für die beiden schwersten Verbrechen, die das Gesetz kennt, für den Hochverrath und für den Mord mit Vorbedacht. Hoffen wir auf die Institution humaner Geschwornengerichte, die auch dabei die strengsten Linien ziehen werden. So lange man von dem jedenfalls richtigen Grundsatz ausgeht, daß jedes Vergehen eines Menschen schon auf die Strafe hinzeigt, so lange wird man die Todesstrafe nicht, wie der Bericht es thut, für unsittlich, barbarisch, unmöglich erklären können. Mir fällt es auchauf, daß in diesem Berichte, welcher die absolute Abschaffung der Todesstrafe verlangt, wenige Zeilen später ihr Bestehen bei gewissen Gelegenheiten (Krieg ꝛc.) gefordert wird. Ich werde mich damit nie einverstanden erklären, daß in der Todesstrafe etwas Unsittliches liege, sie wird schon bedingt durch das Recht der Nothwehr. Ein anderes Motiv für ihre Forderung stellt die Commission nicht auf. Im Gegentheil ist in vielen Fällen, im Kriege und im Frieden, der Bürger verbunden, sein Leben herzugeben, obgleich er sonst wohl noch lange leben würde. Wollen Sie demnach die Möglichkeit der Todesstrafe läugnen, so müssen Sie ein Gleiches mit der Freiheitsstrafe thun, wollen Sie konsequent bleiben. Aber auch vom Standpunkte der Civilisation aus läßt sich die Todesstrafe sehr wohl rechtfertigen. Ein Verbrecher, der die hohe Schule des Lasters durchgemacht, der grausam in die Laufbahn eines Nebenmenschen gegriffen, hat damit auch die seinige verwirkt. Höchstens lasse sich vom Standpunkte des Christenthums aus die Abschaffung der Todesstrafe rechtfertigen, weshalb solle aber gerade Preußen das erste Land sein, welches einem Principe den Vorrang bei der Gesetzgebung einräumt, welches oft besprochen, noch nie aber angenommen worden ist.

Hr. Weichsel. Da ich zufällig der erste Redner für den Antrag bin, muß ich eine rechtshistorische Bemerkung machen, welche mir nöthig erscheint. Ich frage: „Gab es in der Zeit der reinsten Freiheit Todesstrafen?" — Gewiß nicht! Nur Sühnen. Erst mit der Despotie kam jene Strafe, die mit jener gleichen Schrittes wüthete. Es läßt sich nicht läugnen, daß sich schon lange ein gewisses Vorurtheil für die Todesstrafe gebildet hat, auch das Naturgesetz der Blutrache hat sie begründen und befestigen helfen. — Dennoch ist es schon lange Zeit her, daß man den Gedanken zur Abschaffung der Todesstrafe auffaßte, da man sie sittlich nicht entschuldigen kann, am allerwenigsten aber als Mittel für den Zweck des Staates. — Ich folge dem vorigen Redner nicht in alle Punkte, die er berührte, und sage nur: der Staat kann Keinem das Leben nehmen, wenn er dagegen auch Keinen schützen kann. — Der Reiz der Gefahr wird Manchen eher auf das Schaffot treiben, als ihn davon zurückzuhalten, denn gar Mancher hält sich für einen Märtyrer, nur, weil er hingerichtet werden soll. Ich stimme für den Antrag! —

Hr. v. Plönnis ist gegen die Abschaffung der Todesstrafe und für das Schlink'sche Amendement. Die angeführten Gründe haben viel Scheinbares für sich, er könne sie jedoch nicht eher zu den seinigen machen, bis ihm das Gerechtfertigte des kaltblütigen Angriffes des Feindes im Kriege bewiesen worden. Dies könne jedoch nie geschehen. — Außerdem trete man in demselben Augenblicke, wo man einen gemeinen Raubmörder der Todesstrafe entziehe, dem sittlichen Gefühle entgegen. — Er trage, mit Bezug auf die Reichensp.'sche Anmerkung, keineswegs Bedenken, Preußen an die Spitze des Fortschrittes zu stellen, aber eines besonnenen Fortschrittes, und um deshalb trete er der Vertagung durch motivirte Tagesordnung (Schlink'sches Amend.) bei. Hr. Euler für den Antrag. Er glaube, daß Preußen die beste Verfassung in Europa erhalten werde (Bravo) und eine solche dulde die Todesstrafe nicht. Außerdem mache er auf die große Anzahl der unschuldig Gemordeten aufmerksam, bei denen nichts wieder gut zu machen sei. Anführung von Beispielen.

Hr. Borchardt gegen den Commissions-Antrag, da von einer theilweisen Beibehaltung der Todesstrafe nicht die Rede sein könne, wolle man das Gesetz der Consequenz nicht umstoßen. Dies solle aber in Bezug auf die Materialgesetze ꝛc. statt finden. Capitalverbrechen in Städten und Belagerungszustand seien gewöhnlich auch politischer Natur, und da, im Falle einer individuellen Ansicht, sei die Todesstrafe am allerwenigsten gerechtfertigt. — Da aber in diesen Fällen sie nicht aufgegeben werden soll, so dürfe sie überhaupt nicht abgeschafft werden.

Die Sitzung wird, kurz vor 4 Uhr, auf vieles Begehren, bis auf Freitag, den 4. d. M., Vormittags 10 Uhr verlegt. Die noch übrigen (30 und einige) Redner werden alsdann, der Reihe nach, sprechen.

Vor gänzlichem Schluß der Sitzung werden noch die letzten Wahlprotokolls-Angelegenheiten verlesen, man kommt jedoch auch damit nicht zu Stande, da die Versammlung nicht mehr in Beschlußfähiger Anzahl vorhanden ist.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Erwiderung.

Der Herr v. Kościelski findet sich gemüßigt, in No. 176. der Vossischen und Spenerschen Zeitung u. z in demselben Ton, der seine übrigen schriftstellerischen Arbeiten so specifisch auszeichnet, seiner Galle gegen mich Luft zu machen.

Hier kann und will ich auf dieses Pamphlet nur erwidern, daß Hr. v. K. sich vollständig im Irrthum befindet, wenn er aus meiner Annonce herausgelesen hat, „ich hätte mich gewundert, daß er, obwohl Preußischer Offizier und zur Standarte vereidigt, dennoch bei den Insurgenten eingetreten sei, diese demnächst aber wieder verlassen habe, um durch den Herrn General v. W. nach Berlin zu mündlicher Berichterstattung gesendet zu werden". — Ich kann Herrn v. K versichern, daß ich mich über nichts wundere was ihn betrifft, muß aber gleichzeitig daran erinnern, daß viele, ja fast alle seine Landsleute, welche als Landwehr- oder Linien-Offiziere in der Preußischen Armee stehen, ihren Diensteid für bindend erachteten, oder sich vorerst ihrer Verpflichtung gegen den Staat auf gesetzlichem Wege entäußerten, ehe sie die Waffen gegen uns führten. Diese Männer habe ich überall im Gefecht und nach demselben als Kameraden betrachtet und behandelt und empfange noch jetzt, wo ich mit ihnen zusammentreffe, ihren freundlichen Soldatengruß und Händedruck, wie denn der beste Offizier der ganzen Polnischen Armee, der Oberst Dombrowski, zum Tode verwundet, mir sterbend als Freund die Hand gereicht zum Dank für Hunderte nach blutigem Kampf geretteter Polen-Leben. Der Herr v. K. vergißt, daß der Soldat eine Zuneigung gewinnt für diejenigen, mit welchen er im offenen Kampfe ehrlich gefochten hat; so geht es mir nun mit denjenigen Polen, die bei den Cadres standen und wenigstens ihre Gesinnungen mit ihrem Blut besiegelt haben. Anders ist es freilich mit denen, die hinterdrein durch Schmähartikel und Verkehrung der Wahrheit ihrer Sache einen traurigen Dienst leisten wollen. Trotz aller dieser Artikel wird aber doch die Wahrheit siegen und es wäre besser gewesen, wenn die Polen gesagt hätten: Wir wollen unsere Freiheit erringen, selbst um den Preis des Kampfes mit Euch!

Schließlich will ich dem Herrn v. K. noch bemerklich machen, daß ich meine Angaben stets auf gute Dokumente begründe und niemals aus unlauteren oder unsicheren Quellen schöpfe; daß ich daher mit vollem Recht in Betreff seiner Mission sagen konnte, was ich gesagt habe, denn die bezeichnete Person schrieb damals u. a. wörtlich:

„Ich schicke Ew. Excellenz den Herrn v. Kościelski als Kourier, um Ew. Excellenz mündlichen Bericht der hiesigen Vorgänge zu geben, da es schriftlich nicht möglich ist" ꝛc. ꝛc.

Ich greife übrigens Niemand an, und die bezeichnete Person am allerwenigsten. Traurig aber steht es um eine Sache, wenn der Ausspruch der Wahrheit als ein Angriff bezeichnet werden kann.

Dies das letzte Wort in einer Sache, in welcher ich nur gezwungen geredet habe; — vis à vis nach Belieben.

v. Voigts-Rhetz.

Schmiegel im Juli 1848. — Ein hiesiger Schuhmachergehülfe, eine Waise, aus dem Waisenfonds erzogen, der wegen gänzlicher Armuth nach fünfjähriger Lehrzeit unlängst erst Geselle geworden und kaum die ihm Vorschußweise vom Lehrherrn beschafften Kleider durch seine Arbeit bezahlt hat, wird als Rekrut ausgehoben. Der Arme ist einige Gulden Kopfsteuer schuldig und der hiesige Kämmerer D. verfügt die executivische Einziehung dieses Restes. Nachdem der beauftragte Polizeidiener K. die amtliche Meldung gemacht hat, daß der Restant ganz arm und keinerlei Exekutions-Object bei ihm zu finden, befiehlt der Kämmerer D. dem zweiten der hiesigen Polizeibedienten, einem gewissen B., die rückständige Steuer unter jeder Bedingung beizutreiben, und dem Restanten erforderlichen Falles die Kleidung vom Leibe zu pfänden. In der That, der folgsame B. begiebt sich in die Wohnung des Restanten und zieht demselben sein einzig Paar Stiefeln von den Füßen. Bei dieser gewaltsamen Operation, die natürlich ohne einige Abwehr Seitens des Gepfändeten nicht abgeht, zerreißt der wackere B. im Handgemenge noch des Restanten einzigen Rock. Vergebens fordert der arme Barfüßler die Rückgabe seiner einzigen Stiefeln, da er am nächsten Tage als Rekrut fort muß. Er erhält seine Stiefeln erst dann wieder, als sein mitleidiger Lehrherr die rückständige Steuer für ihn bezahlt. Auf den Wunsch vieler hiesigen Einwohner und als einen Beleg für die Energie und den Patriotismus der betreffenden Beamten theilen wir diesen Vorfall mit. H.

Soll der unsere Einverleibung in Deutschland anerkennende Beschluß der National-Versammlung gar nicht festlich begangen werden? Schon deutet die Gazeta polska das Zartgefühl, das uns von öffentlicher Feier zurückhielt, für Trauer, Beklommenheit und Gott weiß was.

Wir sind also unseren Brüdern in Deutschland eine Feier schuldig. Mitbürger, sorget dafür, daß sie bald, daß sie schon nächsten Sonntag geschieht. **Jedenfalls wird Sonntag Abend illuminirt.**

Einer für Viele.

Musikalisches.

Zum Besten der nothleidenden Weber und Spinner am Eulengebirge (in Schlesien) soll künftigen Mittwoch als den 9. Abends 7 Uhr in dem für diesen Zweck bereitwilligst genehmigten Casino-Saale ein großes Concert stattfinden. Gewiß wird dieses Unternehmen in dem so vielfach sich bewährten Wohlthätigkeitssinne des musikliebenden Publikums die kräftigste Unterstützung finden, die Noth jener hülfsbedürftigen Armen lindern zu helfen; und so dürfte diese vorläufige Anzeige keine vergebliche gewesen sein. K.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag den 6. August c. werden predigen:

Ev. Kreuzkirche. Vm.: Hr. Ober-Pred. Hertwig. — Nm.: Hr. Pred. Friedrich.
Ev. Petrikirche. Vm: Hr. Cand. Petzoldt.
Garnisonkirche. Vm.: Hr. Div.-Pred. Simon.
Im Kirchenlokal der ev. luth. Gem.: Vm.: Pastor Dr. Francke. — Nm. Past. Dr. Francke.
Betsaal der christkath. Gem.: Vor- und Nachm.: Hr. Pred. Post.

In den Parochieen der genannten Kirchen sind in der Woche vom 29. Juli bis 3. Aug. Geboren: 6 männl., 6 weibl. Geschl. Gestorben: 11 männl., 5 weibl. Geschl.

Marktbericht. Posen, den 4. August.

(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß)

Weizen 1 Rthlr. 21 Sgr. 1 Pf., auch 1 Rthlr. 29 Sgr 1 Pf.; Roggen 26 Sgr. 8 Pf., auch 1 Rthlr 1 Sg. 1 Pf.: Gerste 15 Sgr. 7 Pf., auch 20 Sgr.; Hafer 15 Sgr. 7 Pf., auch 17 Sgr. 9 Pf.; Buchweizen 20 Sgr., auch 22 Sgr. 3 Pf.; Kartoffeln 8 Sgr. 11 Pf., auch 9 Sgr. 9 Pf.; der Ctn. Heu zu 110 Pfd. 20 auch 24 Sgr.; Stroh, das Schock zu 1200 Pfd 4 Rthlr., auch 4 Rthlr 15 Sgr.; Butter das Faß zu 8 Pfund 1 Rthlr 15 Sgr., auch 1 Rthlr. 20 Sgr. — Spiritus pro Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles $18\frac{1}{2}$ Rthlr.

Berlin, 1. August Weizen nach Qual. 52—58; Roggen loco $26\frac{1}{2}$—$28\frac{1}{2}$, 82pfd. Aug/Sept. $26\frac{1}{2}$ Rtlr. Br., Sept/Okt 27 Rtlr. Br., $26\frac{1}{2}$ G.; Gerste, große, loco, fehlt, 24—25 Rtlr. G., kleine 23 Rthl. Br.; Hafer loco nach Qualit. 16—18 Rthlr. — Rübsen im Verbande 70 Rt. Br., 68 G., W.-Rübsen auf 68 Rtlr. geh., Leinsaat 44—42 Rtlr., Rüböl loco 11 Rthlr., Aug/Sept. 11 Rtl., Sept./Okt. 11 Rtl., Okt./Nov. $11\frac{1}{6}$—11 Rtlr., Nov./Decb. $11\frac{1}{3}$—$11\frac{1}{8}$ Rthlr. Leinöl loco $10\frac{1}{4}$—10 Rtlr.. — Spiritus loco ohne Faß $18\frac{1}{2}$ Rt bez, 18 mit Faß, Aug./Sept. $18\frac{1}{2}$ Rtl. Br., Sept./Oct. $17\frac{1}{2}$—$\frac{1}{4}$ Rtlr., Okt./Nov. $17\frac{1}{4}$—17 Rtlr.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Sommertheater im Odeum.

Sonntag den 6ten August: Das Portrait der Geliebten; Original-Lustspiel in 3 Akten von Feldmann. — Hierauf: Der freiwillige Landsturm; Posse in 1 Akt von L. Lebrün.

Bekanntmachung.

Am 13ten Februar d. J. Morgens 5 Uhr sind in der Nähe des herrschaftlichen Hofes in Bobrownik, Schildberger Kreises, zwölf Stück magere Schweine, als defraudirt, von den Gränzbeamten in Beschlag genommen worden. Da die Treiber flüchtig geworden und nicht zu ermitteln gewesen, so werden die gleichfalls unbekannten Eigenthümer der Schweine hierdurch zur Begründung ihrer etwanigen Ansprüche auf den Versteigerungs-Erlös von 59 Rtlr 26 Sgr. 6 Pf. nach §. 60. des Zoll-Strafgesetzes vom 23sten Januar 1838 mit dem Bemerken aufgefordert, daß, wenn sich Niemand binnen vier Wochen, von dem Tage, wo gegenwärtige Bekanntmachung zum letzten Male in dem Königl. Regierungs-Amtsblatte erscheint, bei dem Haupt-Zollamte in Podzamcze melden sollte, die Verrechnung des Erlöses zur Königlichen Kasse erfolgen wird.

Posen, den 13. Juni 1848.

Der Provinzial-Steuer-Direktor
v. Massenbach.

Pferde-Auktion.

Am 16ten August d. J. Vormittags 9 Uhr sollen auf dem Königlichen Landgestüt zu Zirke mehrere auszurangirende Hengste und Zuchtstuten, Letztere zum Theil mit ihren Säugefüllen, so wie eine Anzahl 3jähriger Hengste und 1- und 2jähriger Hengst- und Stul-Fohlen des dortigen Zuchtgestüts, gegen gleich baare Bezahlung in Preußischem Courant meistbietend verkauft werden.

Die näheren Bedingungen, so wie die zum Verkauf zu stellenden Pferde selbst sind Tages zuvor am Standorte hier zu sehen.

Zirke, den 22. Juli 1848.

Königlich Preuß. Posensches Land-Gestüt.

Bekanntmachung.

Zufolge Auftrags des hiesigen Königlichen Land- und Stadtgerichts habe ich zum Verkauf verschiedener Gegenstände gegen gleich baare Zahlung, als: Meubles, Kutsch- und Reitpferden, eines Kutschwagens, einer Britschke und eines Schlittens, so wie ungedroschenen Rapses und einer ansehnlichen Quantität in Klaftern geschlagenen Kiefern Brennholzes einen Termin auf

den 22. August c. Morgens 8 Uhr

und die folgenden Tage in den Dörfern Bucz und Sniaty resp. deren Forsten anberaumt, wozu Kauflustige mit dem Bemerken geladen werden, daß mit dem Verkaufe des Mobiliars der Pferde und Equipagen in Bucz zuerst vorgeschritten werden wird.

Kosten, den 29. Juli 1848.

Koch als Kommissarius.

Pension für junge Mädchen in der Luisenschule bei K. A. Schönke.

Eine Brauerei nebst Speicher und Schankwirthschaft ist sogleich oder von Michaelis c. ab zu vermiethen. Nähere Auskunft hierüber ertheilt die Eigenthümerin auf der Wallischei No. 29.

Ein kleiner Laden mit oder ohne Wohnung ist im Rosenfeldschen Hause Breitestraße No. 12. von Michaeli c. zu vermiethen.

Gerberstraße No. 43. ist eine große Remise, eine Werkstellstube nebst Boden zu vermiethen. Es dürften diese Lokale besonders sich zu einer Tabaksfabrik eignen.

Auf der Schrodka No. 71. sind vom 1. Okt. ab, eine Bäckerei nebst Zubehör, so wie mehrere Wohnungen zu vermiethen; die Bedingungen sind auf St. Adalbert No. 34. beim Eigenthümer zu erfragen.

Den 5. August c. werde ich aus der Culmschen Niederung mit 20 starken Milchkühen in Ratay bei Posen eintreffen. Käufer belieben sich an diesem Tage bei mir zu melden. Panter, Viehhändler.

Für Destillateure.

Kirschen- u. Himbeerensaft schönster Qualität habe in bedeutender Menge zu Lager gebracht und werde nach einigen Wochen im Stande seyn, mit Verkauf zu beginnen. Hierauf aufmerksam machend, bemerke gleichzeitig, daß ich die Preise billig stellen werde und bitte um zahlreiche Aufträge.

Hartwig Kantorowicz,
Posen, Wronkerstraße No. 6.

Butter-Anzeige.

Frische Schlesische Tisch- und Kochbutter ist von heute ab in kleinen, so wie auch großen Fässern à Pfund 5 Sgr., und in einzelnen Pfunden zu $5\frac{1}{2}$ bis 6 Sgr. zu haben bei

F. Tschackert, Friedrichsstr. No. 21.

Heute Sonnabend den 5ten und morgen Sonntag den 6ten August:

Großes Garten-Konzert in Urbanowo.

Entree à Person 1 Sgr. 6 Pf. Kinder frei.

Heute Sonnabend den 5. August:

Gung'lsches Konzert im Hildebrandtschen Garten.

Thermometer- und Barometerstand so wie Windrichtung zu Posen, vom 23. bis 29. Juli 1848.

Tag.	Thermometerstand tiefster	Thermometerstand höchster	Barometer-Stand.	Wind.
23. Juli	+ 14,2°	+ 22,7°	28 Z. 0,8 L.	SW. heiter.
24. „	+ 15,5°	+ 25,1°	28 „ 1,0 „	SO. —
25. „	+ 15,7°	+ 19,2°	28 „ 0,5 „	SO. —
26. „	+ 15,6°	+ 21,4°	28 „ 0,6 „	N. —
27. „	+ 15,8°	+ 23,5°	28 „ 0,7 „	S. —
28. „	+ 15,9°	+ 24,2°	28 „ 1,0 „	NW. Gew., Regen.
29. „	+ 12,8°	+ 19,7°	28 „ 2,1	NW. heiter

Berliner Börse.

Den 3. August 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$73\frac{1}{2}$	73
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	88	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	$70\frac{1}{2}$	—
Berliner Stadt-Obligationen	$3\frac{1}{2}$	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	77	—
Grossh. Posener „	4	—	$91\frac{1}{2}$
„ „	$3\frac{1}{2}$	$77\frac{1}{4}$	$76\frac{3}{4}$
Ostpreussische „	$3\frac{1}{2}$	—	85
Pommersche „	$3\frac{1}{2}$	$91\frac{1}{4}$	$90\frac{3}{4}$
Kur- u. Neumärk. „	$3\frac{1}{2}$	$90\frac{3}{4}$	$90\frac{1}{4}$
Schlesische „	$3\frac{1}{2}$	92	$91\frac{1}{2}$
„ v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	$81\frac{1}{4}$
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	4	85	84
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$13\frac{1}{8}$	$12\frac{5}{8}$
Disconto	—	$3\frac{1}{2}$	$4\frac{1}{2}$
Eisenbahn-Actien, voll eingezahlte:			
Berlin-Anhalter A. B.	—	—	$86\frac{1}{2}$
„ Prioritäts-	4	—	—
Berlin-Hamburger	4	—	62
„ Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$87\frac{3}{4}$
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	$41\frac{1}{2}$
„ „ Prior. A. B.	4	—	—
„ „ „	5	—	—
Berlin-Stettiner	—	—	$85\frac{1}{2}$
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	$75\frac{3}{4}$	$74\frac{3}{4}$
„ Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	—
Magdeburg-Halberstädter	4	—	95
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	—	$68\frac{1}{2}$
„ Prioritäts-	4	—	—
„ „	5	—	—
„ „ III. Serie	5	—	—
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	86	$86\frac{3}{4}$
„ „ B.	$3\frac{1}{2}$	$86\frac{1}{4}$	$86\frac{3}{4}$
Rheinische	—	—	—
„ Stamm-Prioritäts-	4	$68\frac{1}{2}$	—
„ Prioritäts-	4	—	$71\frac{1}{2}$
„ „ v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	$4\frac{1}{2}$	—	$50\frac{3}{4}$
Stargard-Posener	4	—	—